

# Von Oslo bis Gaza

Moshe Zuckermann

*Mitschrift des Online-Vortrags von  
Moshe Zuckermann vom 8. Juli 2024*

*Ich möchte gleich versuchen die Erwartungen zu drosseln. Ich werde nun oft nach Lösungen des Israel-Palästina Konfliktes gefragt. Doch ich habe natürlich auch keine Lösung für das Problem. Grade in Deutschland werde ich oft gefragt, was nun zu tun ist. Doch die Lösungsvorschläge müssen von den Protagonisten ausgehen, von den Machthabern, die die Herrschaft haben. Sie sind diejenigen, die ein Angebot machen müssten, aber dieses Angebot gibt es nicht.*

Daher stellen sich zwei Fragen: Erstens: Ist der Frieden von (inner-)israelischer Seite überhaupt gewollt? Und zweitens: Kann Israel heute noch als eine Demokratie bezeichnet werden?

Als Reaktion auf die Justizreform der amtierenden israelischen Regierung gab es große Proteste, da die Reform versuchte die Gewaltenteilung auszuhebeln. Die Judikative sollte soweit geschwächt werden, dass die Exekutive das alleinige Sagen hat. Die derzeitige Regierung seit Januar 2023 unter Benjamin Netanjahu ist die rechtsradikalste Koalition, die es je in Israel gab. Die nationalkonservative Likud Partei Netanjahus wird u.a. ergänzt von nationalreligiösen Kräften wie Itamar Ben-Gvir von Otzma Jehudit, Bezalel Smotrich von Tkuma. Beide sind bekanntlich faschistisch und rechtsextrem, Ben-Gvir als heutiger Polizeiminister ist sogar Kahane-Anhänger. (Meir Kahane und sein Kach Partei forderten in den 80 Jahren die Abschaffung der Demokratie zugunsten einer jüdischen Theokratie sowie die Vertreibung aller Nicht-Juden aus Israel und den besetzten Gebieten, um ein Großisrael zu errichten.)

Ergänzt wird die Regierung durch die orientalisch orthodoxe Schas Partei sowie zwei ultraorthodoxen Parteien. Sie vereint damit nicht nur zionistische Kräfte, sondern mit einer der ultraorthodoxen Parteien sogar eine ausgesprochen anti-zionistische Stimme. Die ultraorthodoxen Parteien sind aber vor allem für die Ausgestaltung der Koalition relevant und weder in Regierungsentscheidung noch in militärische Strategien wesentlich eingebunden. Die Regierungskoalition reicht deshalb von rechts bis rechts-außen.

## **Frieden gefährdet Macht und Einfluss**

Relevant für das politische Interesse Israels ist außerdem Netanjahus persönliches Interesse. Es läuft ein Gerichtsverfahren gegen ihn und er kämpft um sein politisches Überleben, da der 7. Oktober deutlich gemacht hat, dass seine Politik auf militärischer, politischer und Geheimdienstebene versagt hat. Ein Ende des Krieges würde bedeuten, dass eine staatliche Untersuchungskommission die entsprechenden Fehler aufdeckt und die Verantwortlichen bestraft. Das versucht Netanjahu zu verhindern, indem er den Krieg nicht beendet [und inzwischen in den Libanon hinein eskaliert. Anm. d.Red.]. Solange Krieg herrscht kann er weiter regieren und muss keine Untersuchungskommission fürchten. Der anhaltende Krieg dient für ihn als Vorwand zum Schutz seines Privatinteresses, dem Kampf um sein politisches Überleben.

Diese Motivation ist verzahnt mit der israelischen Innenpolitik und beeinflusst auch die Frage nach den am 7.10.2023 in den Gaza-Streifen entführten israelischen Geiseln. Um sie frei zu bekommen müsste es eine Einstellung der Kampfhandlungen geben. Das lehnen Ben-Gvir, Smotrich und Netanjahu jedoch ab. Netanjahu aus oben genanntem Grund, Ben-Gvir und Smotrich weil sie meinen, dass der ganze Gazastreifen eingenommen und jüdisch besiedelt werden sollte. Aus diesem Grund kümmert sich der Staat Israel nicht um seine um die Geiseln besorgten und einen Waffenstillstand fordernden Bürger\*innen, denn es besteht so gesehen kein Interesse an der Einstellung der Kampfhandlungen.

Der Krieg wird angeblich weitergeführt, weil das Kriegsziel noch nicht erreicht ist: Die Befreiung von der Hamas. Diese



Befreiung wäre demnach nur durch eine vollständige Liquidierung der Hamas zu gewährleisten. Das ist jedoch, [weil die Hamas nicht nur eine militante Größe, sondern offenbar in großen Teilen der Bevölkerung verwurzelte Bewegung ist, Anm. d. Red.] nicht möglich, womit ein solches Kriegsziel von vorneherein unmöglich zu erreichen ist.

Auch die in Israel stattfindenden Demonstrationen zur Geiselnbefreiung sind noch zu klein, es müssten Hunderttausende sein statt Zehntausende, die demonstrieren. Da sie die kritische Masse nicht erreichen, können sie seitens der Regierenden und ihrer Medien als „Linke“, „Oppositionelle“, und „Verräter“ dargestellt und diskreditiert werden. Anfang 2023 als es sehr viele Demonstrant\*innen gab, wurde nicht für den Frieden mit den Palästinenser\*innen demonstriert. Die Demonstrierenden forderten auch damals keine Zwei-Staatenlösung.

Die Zwei-Staatenlösung ist in der israelischen politischen Klasse inzwischen völlig von Tisch, niemand verfolgt diese Idee als politische Lösung in Betracht zu ziehen. Netanjahu hat jahrelang erklärt, dass er den Konflikt nicht lösen, sondern

verwalten möchte. Israel geht es dabei nicht schlecht. Die permanente Schikane und die regelmäßige Gewalt in gegenüber der Bevölkerung in den palästinensischen Gebieten ist weit genug entfernt und kommt in den Nachrichten nicht vor. Berichtet wird nur wenn es einen Gegenanschlag gibt, dann sind alle Palästinenser Terroristen. Als wäre es Deus ex machina plötzlich zum Terror gekommen, ohne Kontext.

### Zäsur 7. Oktober

In dieser Hinsicht hat der 7. Oktober eine Zäsur dargestellt. Der 7. Oktober war ein Pogrom, auch gegen Zivilist\*innen, das für lange Zeit gegenseitigen Hass heraufbeschworen und das Gegenüber bestimmen wird. Israel reagierte außerproportional vehement und fühlte sich gerechtfertigt im Gaza Krieg die Zivilbevölkerung zu bombardieren, wobei zigtausende Frauen und Kinder starben. Die Koordinaten darüber, was im Krieg erlaubt ist, sind verloren. Dabei bezeichnet sich Israels Armee als die moralistische Armee der Welt. Das ist ein Witz und nach diesem Krieg, der v.a. der Zivilbevölkerung und so vielen Kindern schadet, erst recht.

Die große Frage, die sich stellt ist: Wieso hat Netanjahu die Hamas, die schon lange eine Bedrohung war nicht vorher neutralisiert? Tatsächlich hat Netanjahu die Hamas nicht nur nicht bekämpft, sondern zeitweise sogar über Gelder von Qatar mitgefördert. Die Bedrohung wurde eher in der PLO gesehen als in der Hamas. Denn die PLO (Palestine Liberation Organization) stellte sich immer als potentiell Friedens- und verhandlungsbereit dar.

Die Hamas hat jedoch kein Interesse an Frieden, was sich wiederum mit Netanjahus Interessen deckt. Das öffentliche Narrativ ist, wie soll Israel denn Konflikt lösen, wenn die andere Seite (Hamas) sich verweigert? So kann es keinen Frieden geben. Deshalb erkannte Netanjahu die Hamas als wertvollen Gegenpart zu seiner Politik, die keine Lösung anstrebt. In der Hamas fand er seine komplementäre Ergänzung zur Verweigerung einer Lösung.

Das ist offensichtlich eine Sackgasse, denn „from the river to the sea“ (Vom Mittelmeer bis zum Jordanfluss) leben 14 Millionen Menschen. In Israel, dem Gaza Streifen und dem Westjordanland leben circa 7 Millionen Palästinenser sowie ungefähr

7 Millionen Juden. Durch dieses 50/50 Verhältnis ist objektiv bereits eine binationale Struktur vorhanden. Diese Situation erfordert eine politische Gestaltung und kann nicht einfach nur verwaltet und unverändert gelassen werden. Das gilt auch aufgrund von Bedrohungen von außen (Iran und seine Proxys und drohende Kriegsausweitungen). Problematisch daran ist, dass die Bevölkerung zahlenmäßig zwar ausgeglichen ist, die Herrschaft über das Gebiet jedoch ausschließlich bei den zionistischen Teilen der jüdischen Bevölkerung liegt.

### **Besiedlung schafft irreversible Fakten**

Eine Möglichkeit wäre die Zwei-Staaten-Lösung. Diese wurde noch während der Oslo Zeit systematisch von Israel unterwandert wurde. Ministerpräsident Rabin wollte mit PLO-Chef Arafat etwas erreichen. Rabin wurde jedoch von national-religiösen Zionisten umgebracht. Selbst in diesem Jahrzehnt wo Oslo die israelische Politik bestimmte und die von Rabin angeführte Regierungskoalition nach einer Lösung suchte, stieg die Anzahl der

Siedler\*innen in den besetzten Gebieten von 100.000 auf 200.000. Das Siedlerkontingent im Westjordanland ist von 40-60 Siedler\*innen in der Mitte der 70 Jahren auf mittlerweile offizielle 650.000 Siedler\*innen angestiegen – Dunkelziffern gehen sogar von 750.000 aus.

Schon vor 20 Jahren merkte der israelische Politologe Meron Benvenisti an, dass diese Entwicklung nicht mehr reversibel war und ist. Denn das Territorium, das Palästinenser\*innen zur Verfügung gestellt werden müsste, ist nicht



**Pardi Sedghi: Biz.**

mehr verfügbar. Die Zweistaatenlösung wird dadurch unmöglich, da die entsprechenden Gebiete von einer Dreiviertel-millionen zionistisch-jüdischen Siedlern bewohnt werden, die sagen das sie das Land nur „over our dead bodies“ wieder hergeben. Sie wollen dort nicht weg und sind der Ansicht, Gott hätte sie geschickt um dieses Land zu besiedeln. Sie zu überzeugen, wegzuziehen, ist quasi unmöglich. Aus diesem Grund ließe sich niemand einfallen die Zweistaatenlösung zu thematisieren, insbesondere keine Politiker\*innen.

Eine weitere Möglichkeit wäre eine Einstaatenlösung als binationaler Staat, was sowohl von israelischer als auch von palästinensischer Seite abgelehnt wird. Sollte es dazu kommen, bräuchte es einen eigenständigen, souveränen palästinensischen Staat, der neben Israel existiert. Dann wäre eine Föderation oder Konföderation möglich. Die Situation könnte also demokratisch abgesegnet werden, was jedoch ebenso nicht mehrheitsfähig ist.

Wenn keine der besagten Alternativen angestrebt wird, haben wir es mit einem offiziell erklärten Apartheidstaat zu tun. Denn es gibt zwei Justizsysteme im Westjordanland. Einerseits ein Militärjustizsystem für im Westjordanland lebende Palästinenser\*innen und ein ganz anderes, bürgerliches Recht für die Israelis im Westjordanland sowie im Kernland Israel. Das heißt für die Siedler, die ja an sich schon Kriegsverbrecher sind, da sie okkupiertes Gebiet anektieren, gilt das die bürgerliche Justizsystem Israels.

Dies ist die Sackgasse, aus der niemand eine Antwort weiß. Die Politiklandschaft Israels bietet keine alternativen Vorschläge. Auch die Opposition ist im Hinblick auf Palästinafrage im Grunde genommen nicht zu unterscheiden von dem was die rechte Regierung von Netanjahu will. Benni Gantz [u.a. ehemaliger Ministerpräsident, Justiz- und Verteidigungsminister] von der Partei Nationale Union denkt nicht anders als Netanjahu in dieser Sache. Er will keinen eigenen palästinensischen Staat und hat seinerseits einen sogenannten freiwilligen Bevölkerungstransfer vorgeschlagen, um Palästinenser auch vom israelischen Kernland weghaben. Die Oppositionspartei Jesch Atid von Jair Lapid kann vielleicht einige menschenrechtliche Ideen und Ideen für die Zivilgesellschaft Israels haben, aber in der Frage der Okkupationspolitik denkt er nicht anders als die oben genannten. Es gibt in

dieser Frage keine einflussreiche Opposition in Israel zur derzeitigen rechtsradikalen Regierung in Israels.

### ***Zwischen kein Interesse an oder keinen Mut für eine Lösung***

Das ist das eigentlich erschütternde. Nicht nur in politischen Klasse, niemand wäre fähig Netanjahus Nachfolge mit einer neuen Initiative anzutreten. Jeder, der einen Friedensvorschlag machen würde, verliert seine politische Stellung innerhalb von zwei Wochen.

Und selbst wenn es jemanden gäbe, würde niemand sie oder ihn wählen. Auch die die demonstrieren, demonstrieren nicht für einen dauerhaften Ausgleich mit den Palästinenser\*innen. Die mehrheitsbildende Wählerschaft in Israel setzt sich zusammen aus den Nationalreligiösen, die messianisch denken, dass das besetzte Land gottgegeben ist. Dazu kommen die Likud Leute, die Großisrael denken und nie daran gedacht haben die kleinisraelische Lösung zu fördern. Außerdem orthodoxe und religiöse Parteien, die die allerletzten sind, die in Kategorien von Frieden reden.

Auch die sogenannte israelische Linke gibt es nicht mehr, sie ist in keine Art und Weise fähig eine Opposition darzustellen. Das ist ein Phänomen von welthistorischem Maßstab, wie eine Sozialdemokratie, die dieses Land gegründet hat sich selbst abgeschafft hat und untergegangen ist.

Die Zivilgesellschaft geht derweil den Bach herunter, es gibt so viel Rassismus, Ressentiment, die Rhetorik, die Art wie man miteinander redet, auch im Parlament. Das hat nichts mehr mit einer funktionierenden Zivilgesellschaft zu tun.

Und daher sind Lösungsvorschläge schon deshalb nicht möglich, weil es in Israel fast niemand gibt, der eine Lösung will. Weder auf Seiten der Politik, noch in den Mehrheiten der Wählerschaft.

Der Artikel ist eine Mitschrift eines online-Vortrages, den Moshe Zuckermann auf Einladung des Flüchtlingsrats SH am 8. Juli 2024 gehalten hat. Moshe Zuckermann ist als Kind von Holocaustüberlebenden in Israel geboren, in Frankfurt/M. aufgewachsen und hat als Professor für Geschichte und Politikwissenschaften u.a. an der Hebräischen Universität von Tel Aviv gelehrt.

[/www.youtube.com/@fluchtlingratschleswig-ho234](https://www.youtube.com/@fluchtlingratschleswig-ho234)